

## Jan C. Behrends

### Sowjetische „Freunde“ und fremde „Russen“. Deutsch-sowjetische Freundschaft zwischen Ideolo- gie und Alltag (1949-1990) (2003)

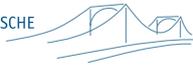
<http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.895>

Reprint von:

Jan C. Behrends, Sowjetische „Freunde“ und fremde „Russen“. Deutsch-sowjetische Freundschaft zwischen Ideologie und Alltag (1949-1990), in: Jan C. Behrends, Thomas Lindenberger, Patrice G. Poutrus, Fremde und Fremd-Sein in der DDR. Zu historischen Ursachen der Fremdenfeindlichkeit in Ostdeutschland, Metropol Verlag Berlin 2003, S. 75-98

ISBN 3-936411-01-08

Copyright der digitalen Neuausgabe (c) 2015 Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. (ZZF) und Autor, alle Rechte vorbehalten. Dieses Werk wurde vom Autor für den Download vom Dokumentenserver des ZZF freigegeben und darf nur vervielfältigt und erneut veröffentlicht werden, wenn die Einwilligung der o.g. Rechteinhaber vorliegt. Bitte kontaktieren Sie: <[redaktion@zeitgeschichte-digital.de](mailto:redaktion@zeitgeschichte-digital.de)>



Zitationshinweis:

Jan C. Behrends, Sowjetische „Freunde“ und fremde „Russen“. Deutsch-sowjetische Freundschaft zwischen Ideologie und Alltag (1949-1990) (2003), Dokserver des Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam,  
<http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.895>

Ursprünglich erschienen als: Jan C. Behrends, Sowjetische „Freunde“ und fremde „Russen“. Deutsch-sowjetische Freundschaft zwischen Ideologie und Alltag (1949-1990), in: Jan C. Behrends, Thomas Lindenberger, Patrice G. Poutrus, Fremde und Fremd-Sein in der DDR. Zu historischen Ursachen der Fremdenfeindlichkeit in Ostdeutschland, Metropol Verlag Berlin 2003, S. 75-98

# **Fremde und Fremd-Sein in der DDR**

**Zu historischen Ursachen  
der Fremdenfeindlichkeit in Ostdeutschland**

**Herausgegeben von**

**JAN C. BEHRENDTS**

**THOMAS LINDENBERGER**

**PATRICE G. POUTRUS**

**METROPOL**

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme:

**Fremde und Fremdsein in der DDR : zu historischen Ursachen  
der Fremdenfeindlichkeit in Ostdeutschland / Jan C. Behrends ; Thomas  
Lindenberger ; Patrice G. Poutrus (Hrsg.)**

– Berlin : Metropol 2003

ISBN 3-936411-01-8

ZZF 14964

**Zentrum für  
Zeithistorische Forschung e.V.  
Bibliothek**

© 2003 Metropol Verlag

Kurfürstenstr. 135

D-10785 Berlin

[www.metropol-verlag.de](http://www.metropol-verlag.de)

Druck: Fuldaer Verlagsagentur

## Inhalt

JAN C. BEHRENDTS · THOMAS LINDENBERGER · PATRICE G. POUTRUS

Fremde und Fremd-Sein in der DDR Zur Einführung .....	9
--	---

JÜRGEN DANYEL

Spätfolgen? Der ostdeutsche Rechtsextremismus als Hypothek der DDR-Vergangenheitspolitik und Erinnerungskultur .....	23
---	----

### Staatssozialismus als Fremdherrschaft

GÁBOR T. RITTERSPORN

Fremde in einer Gesellschaft der Fremden: Das sowjetische Beispiel .....	43
---	----

OLIVER VON WROCHEM

Die sowjetischen „Besatzer“ Konstruktionen des Fremden in der lebensgeschichtlichen Erinnerung .....	57
---	----

JAN C. BEHRENDTS

Sowjetische „Freunde“ und fremde „Russen“ Deutsch-Sowjetische Freundschaft zwischen Ideologie und Alltag (1949–1990) .....	75
--	----

### Gesamtdeutsche Dimensionen

CHRISTOPH CLASSEN

Fremdheit gegenüber der eigenen Geschichte Zum öffentlichen Umgang mit dem Nationalsozialismus in beiden deutschen Staaten .....	101
--	-----

**INA DIETZSCH**

- Deutsch-Sein in einem geteilten Land  
Das Problem kultureller Zugehörigkeiten ..... 127

**NICOLE HIRSCHLER-HORÁKOVÁ**

- Deutsche aus der Sowjetunion in der Bundesrepublik und der DDR  
Aspekte des Vertretungsanspruches in den 1950er Jahren ..... 141

**Soziale Ausgrenzung in der DDR**

**HEIKE VAN HOORN**

- Zwischen allen Stühlen  
Die schwierige Stellung sudetendeutscher Antifa-Umsiedler  
in den ersten Jahren der SBZ/DDR ..... 159

**THOMAS LINDENBERGER**

- Das Fremde im Eigenen des Staatssozialismus  
Klassendiskurs und Exklusion am Beispiel der Konstruktion  
des „asozialen Verhaltens“ ..... 179

**ELFIE REMBOLD**

- „Dem Eindringen westlicher Dekadenz ist entgegenzuwirken.“  
Jugend und die Kultur des Feindes in der DDR ..... 193

**JOAN HACKELING**

- Das „Fremde“ im Spannungsfeld  
zwischen Herrschaft und gesellschaftlicher Praxis:  
Das Beispiel Rostock 1978–1989 ..... 215

**Ausländer in der DDR**

**PATRICE G. POUTRUS**

- Mit strengem Blick  
Die sogenannten Polit. Emigranten in den Berichten des MfS ..... 231

**UTA RÜCHEL**

- Zwischen Paternalismus und Solidarität:  
das SWAPO-Kinderheim in Bellin ..... 251

**DENNIS KUCK**

- „Für den sozialistischen Aufbau ihrer Heimat“?  
Ausländische Vertragsarbeitskräfte in der DDR..... 271

**RITA RÖHR**

- Ideologie, Planwirtschaft und Akzeptanz  
Die Beschäftigung polnischer Arbeitskräfte in Betrieben  
des Bezirkes Frankfurt/Oder ..... 283

**ANNEGRET SCHÜLE**

- „Die ham se sozusagen aus dem Busch geholt.“  
Die Wahrnehmung der Vertragsarbeitskräfte aus Schwarzafrika  
und Vietnam durch Deutsche im VEB Leipziger Baumwollspinnerei ..... 309

**Anhang**

**JAN C. BEHRENDTS · DENNIS KUCK · PATRICE G. POUTRUS**

- Thesenpapier: Historische Ursachen der Fremdenfeindlichkeit  
in den Neuen Bundesländern ..... 327

- Abkürzungsverzeichnis ..... 334

**CHRISTOPH KALTER · MARCEL STRENG**

- Bibliographie „Fremde und Fremdsein in der DDR“ ..... 339

- Die Autorinnen und Autoren ..... 373

JAN C. BEHREND S

## Sowjetische „Freunde“ und fremde „Russen“

### Deutsch-Sowjetische Freundschaft zwischen Ideologie und Alltag (1949–1990)

Der Einmarsch der Roten Armee in die östlichen Gebiete des Deutschen Reiches im Frühjahr 1945 stellte eine einschneidende Erfahrung dar, die sich deutlich von den gleichzeitigen Erlebnissen des Kriegsendes im Westen unterschied. Die Möglichkeiten, von diesen Erfahrungen mit den „fremden Russen“ zu erzählen, waren jedoch in den vierzig Jahren SED-Herrschaft stark beschränkt. Darum verschwanden die Erinnerungen „zunehmend aus der Öffentlichkeit, um sich im Privaten einzunisten. Hier, im privaten Kreis, existierten sie bis zum Ende der DDR.“<sup>1</sup> In der kontrollierten Öffentlichkeit der DDR verhinderten die herrschenden Kommunisten einen offenen Umgang mit der Erinnerung an den Einmarsch jener „fremden“ Soldaten, die ein neues Gesellschaftssystem mitgebracht hatten. In den Jahren der Besatzungsherrschaft hatte die Sowjetische Militäradministration (SMAD) entscheidenden Anteil an der Durchsetzung des staatssozialistischen Herrschaftssystems.<sup>2</sup> Während der folgenden 40 Jahre bildeten dann die sowjetischen Soldaten nicht nur die Rückversicherung für die SED-Herrschaft, sondern auch die größte Gruppe von „Fremden“ in der DDR.<sup>3</sup> Als Militärs lebten sie stark abgeschirmt von der Zivilbevölkerung in ihren Standorten. Da seit Sommer 1949 behauptet wurde, das Verhältnis zwischen der deutschen Zivilbevölkerung und den sowjetischen Truppen beruhe auf „freundschaftlicher Grundlage“, gab es auch nach dem Ende der Besatzungszeit kaum Möglichkeiten, Konflikte

- 1 Wolfgang Engler, *Die Ostdeutschen. Kunde von einem verlorenen Land*, Berlin 1999, S. 22.
- 2 Zur SMAD vgl. Jan Foitzik, *Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD), 1945–1949. Struktur und Funktion*, Berlin 1999.
- 3 Wenn man die Zivilangestellten mitrechnet, befanden sich permanent um die 500 000 Sowjetbürger in militärischer Funktion in der DDR. Zu den sowjetischen Truppen in der DDR vgl. Kurt Arlt, *Sowjetische (russische) Truppen in Deutschland (1945–1994)*, in: Torsten Diedrich/Hans Ehlert/Rüdiger Wenzke (Hrsg.), *Im Dienste der Partei. Handbuch der bewaffneten Organe der DDR*, Berlin 1998, S. 593–631; Hans Frank, *Die Westgruppen der Truppen (WGT)*, in: Klaus Naumann (Hrsg.), *NVA. Anspruch und Wirklichkeit nach Dokumenten*, Hamburg/Berlin/Bonn 1996, S. 331–350; Ilko-Sascha Kowalczyk/Stefan Wolle, *Roter Stern über Deutschland. Sowjetische Truppen in der DDR*, Berlin 2001.

zwischen beiden Seiten zu thematisieren. Vielmehr setzte die SED – im Einvernehmen mit ihren sowjetischen Partnern – der Rede übereinander und dem Umgang miteinander enge *Grenzen*: Die öffentliche Rede über die Sowjets wurde durch die Freundschaftsideologie eingegrenzt, in ihren Standorten lebten die sowjetischen Soldaten abgegrenzt und schließlich stieß die herrschende SED bei ihrem Versuch, die Bevölkerung im Sinne der Freundschaft zur Sowjetunion umzuerziehen, beständig an die Grenzen ihres Einflusses.<sup>4</sup> Wie die Freundschaft zur Sowjetunion erfunden wurde, welchen Stellenwert sie hatte, wie Teile der Bevölkerung auf den Versuch der SED reagierten, ein neues Bild von den Sowjets als verpflichtend durchzusetzen, und welche Konflikte trotz des Anspruchs einer allseitigen Harmonisierung der Beziehungen zwischen Deutschen und Russen weiterexistierten, soll im folgenden umrissen werden.

### Freundschaft und Nation 1949–1955

In der frühen DDR besaß die Freundschaftsideologie unter den Bemühungen der SED um die Legitimation ihrer Herrschaft und das Vertrauen der Bevölkerung einen vergleichbaren Stellenwert wie der Antifaschismus.<sup>5</sup> Auch die deutsch-sowjetische Freundschaft beanspruchte Deutungskraft auf allen drei Zeitebenen: Sie sollte historische Tradition, Begründung für das Handeln in der Gegenwart und Verpflichtung für eine gemeinsame Zukunft zugleich sein.<sup>6</sup> Ferner ähnelte die Freundschaftsideologie dem Antifaschismus darin, daß auch sie einer Minderheitenperspektive entsprach, die sich aus den biographischen Erfahrungen und ideologischen Überzeugungen der schmalen Elite des deutschen Kommunismus und hier insbesondere des Moskauer Exils speiste.<sup>7</sup> Danach kam der Sowjetunion nicht nur eine unbedingte Vorbildrolle beim

4 Vgl. zur Frage nach den „Grenzen der Diktatur“ bzw. der „Diktatur der Grenzen“ grundlegend: Richard Bessel/Ralph Jessen, Einleitung, in: dies. (Hrsg.), *Die Grenzen der Diktatur: Staat und Gesellschaft in der DDR*, Göttingen 1996, S. 7–24; Thomas Lindenberger, *Die Diktatur der Grenzen. Zur Einleitung*, in: ders. (Hrsg.), *Herrschaft und Eigen-Sinn in der Diktatur. Studien zur Gesellschaftsgeschichte der DDR*, Köln/Weimar/Wien 1999, S. 13–44.

5 Beide Konstrukte standen nicht nebeneinander, sondern waren verzahnt. Zum Antifaschismus und seinen Aporien vgl. die Beiträge von Christoph Classen und Jürgen Danyel in diesem Band.

6 Ein Beispiel für die historische Begründung der deutsch-sowjetischen Freundschaft bildete in den fünfziger Jahren der Rekurs auf die Befreiungskriege. Vgl. Olaf Briese, *Kalter Krieg, Heißer Krieg. Der Mythos von 1813*, in: *Berliner Debatte Initial* 8 (1997), S. 37–44.

7 Bereits im Moskauer Exil hatte Anton Ackermann in seiner Ausarbeitung „Deutschland und die Sowjetunion“ vom Oktober 1944 die Notwendigkeit zukünftiger deutsch-sowjetischer Freundschaft mit politischen und wirtschaftlichen Vorteilen für Deutschland begründet. Aufgabe der KPD sei es, „alle gesunden Kräfte des Volkes dafür zu gewinnen“. Ackermann fährt fort und erörtert, mit welcher Argumentation die Bevölkerung für ein deutsch-sowjetisches Bündnis gewonnen werden sollte: „Folglich nicht eine enge klassenmäßige Begründung, sondern eine breite nationale Begründung.“ Antisowjetische Politik müsse fortan in Deutschland „Landesverrat bedeuten“. „Deutschland und die Sowjetunion“ – *Handschriftliche Vortragsdisposition Anton*

inneren Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft zu, sondern auch die außenpolitische Loyalität eines sozialistischen deutschen Staates galt uneingeschränkt Moskau.<sup>8</sup> Da in beiden Staaten dieselbe Klasse herrsche, bestehe notwendigerweise eine permanente Interessenkongruenz zwischen Deutschland und der Sowjetunion, die es den Sowjets erlaube, ständig als Sachverwalter „wahrer“ deutscher Interessen zu handeln.<sup>9</sup>

Innerhalb der KPD und ab 1946 der SED duldete die Parteiführung offene Kritik an den Sowjets von Beginn an nicht.<sup>10</sup> Kritische Äußerungen über die Sowjetunion und ihre Politik diffamierte man in der offiziellen Sprachregelung pauschal als „Antisowjetismus“ bzw. „Antisowjethetze“. Seit dem 5. Mai 1949 waren SED-Mitglieder durch einen Parteibeschluss dazu verpflichtet, für die Freundschaft zur Sowjetunion zu werben. Damit bildete fortan nicht mehr nur die Partei, sondern die gesamte Gesellschaft das Feld der Auseinandersetzung. Um die breiteren Kreise der Bevölkerung zu erreichen, schufen SED und SMAD die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft (DSF).<sup>11</sup> Bevor die DDR im Oktober 1949 aus der Taufe gehoben wurde, ließen SED und SMAD auf dem 2. Kongress der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft im Juli 1949 in Berlin dogmatisch „Freundschaft für immer“ mit der Sowjetunion verkünden; aus fremden Besatzern sollten „ewige Freunde“ werden. Aufgabe der neuen „Freundschaft“ war es, sowohl die tiefsitzenden Antipathien abzumildern als auch die innere Sowjetisierung der Gesellschaft abzufedern und die

Ackermanns für eine Lektion in der Parteischule der KPD, am 15. Oktober 1944 vorgetragen, in: Peter Erler/Horst Laude/Manfred Wilke (Hrsg.), „Nach Hitler kommen wir“. Dokumente zur Programmatik der Moskauer KPD-Führung 1944/45 für Nachkriegsdeutschland, Berlin 1994, S. 237–240, hier S. 238. Eine führende Rolle bei der Beaufsichtigung und dem Aufbau der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft in den fünfziger Jahren spielten die SU-Emigranten Fred Oelßner und Gottfried Grünberg.

8 Die unbedingte Vorbildhaftigkeit gehörte bereits zu den Dogmen des deutschen und internationalen Kommunismus in der Zwischenkriegszeit. Vgl. Eric D. Weitz, *Creating German Communism. From Popular Protest to Socialist State*, Princeton 1995, S. 236 f.

9 So argumentierte auch die sowjetische Historiographie. Vgl. Galina N. Goroškova, *Leninizm i družba narodov SSSR i GDR*, in: *Ežegodnik germanskoj istorii* 1971, Moskau 1973, S. 295–309.

10 Dieser Parteibeschluss stellte nur den vorläufigen Schlußpunkt eines längeren Disziplinierungsprozesses der Parteimitglieder in dieser Frage dar. Bereits im Frühjahr 1945 hatte Walter Ulbricht versucht, jegliche Kritik von Parteimitgliedern am Verhalten sowjetischer Soldaten beim Einmarsch in Deutschland zu unterdrücken. Vgl. Wolfgang Leonhard, *Die Revolution entläßt ihre Kinder*, Köln 1990, S. 461 f. Im Gründungsaufwurf der KPD vom 11. Juni 1945 hieß es dann: „Nie wieder Hetze und Feindschaft gegenüber der Sowjetunion; denn wo diese Hetze auftaucht, da erhebt die imperialistische Reaktion ihr Haupt!“ Aufruf des ZK der KPD, in: Hermann Weber (Hrsg.), *DDR. Dokumente zur Geschichte der Deutschen Demokratischen Republik 1945–1986*, München 1987, S. 32–36, Zitat S. 33.

11 „Die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft stellt sich folgende Hauptaufgaben: 1.) Unablässige Aufklärung über alle Probleme der Sowjetunion, ständige Zerschlagung der von den Kriegshetzern und ihren Agenten verbreiteten antisowjetischen Lügenmärchen [...]“, in: *Ziele, Aufgaben, Organisationsangelegenheiten* 1950/51, SAPMO-BArch, DY 32–4926 (unpag.).

fortschreitende außenpolitische Blockintegration zu begründen.<sup>12</sup> Der SED stand eine deutsche Bevölkerung gegenüber, deren Bild von „den Russen“ sich aus einer Melange älterer Stereotypen über „den Osten“, rassistischer und antibolschewistischer NS-Propaganda und den konkreten Erfahrungen mit den sowjetischen Truppen seit dem Frühjahr 1945 zusammensetzte.<sup>13</sup> Insbesondere die Vergewaltigungen deutscher Frauen dürften diese Urteile noch befestigt und teilweise die Behauptungen der NS-Propaganda bestätigt haben. Von der Freundschaftspropaganda erwartete die SED nicht weniger, als daß es ihr gelingen würde, das Wertesystem der Mehrheit umzukehren.

Aus heutiger Sicht fällt es leicht zu urteilen, daß diese „Freundschaft“ nicht dem entsprach, was man im allgemeinen unter dem Begriff versteht, nämlich eine auf gegenseitiger Zuneigung basierende, freiwillige Beziehung unter Gleichberechtigten.<sup>14</sup> Es ist vielmehr offensichtlich, daß die Freundschaftsrhetorik auch dazu diente, die realen Machtverhältnisse in der DDR zu verschleiern. Allerdings macht man es sich zu einfach, wenn man die Freundschaftspropaganda durchweg als nicht wirkungsmächtig bezeichnet; schließlich bildete sie vierzig Jahre lang das Fundament für den Umgang mit der Sowjetunion in der DDR und stellte fortan auch für diejenigen, die sie ablehnten, einen Bezugsrahmen dar.<sup>15</sup> Denn für die Bevölkerung wurde im Sommer 1949 deutlich, daß das nominelle Ende der Besatzung nicht den Beginn der freien Rede über die Ereignisse seit 1945 bedeutete. Vielmehr wurden die Regeln für den Umgang mit der fremden Führungsmacht im sozialistischen Block von oben festgelegt. Fremdheit, Ablehnung, das Gefühl der Überwältigung oder gar Feindschaft konnten nicht öffentlich artikuliert werden. Von nun an wurde regelmäßig von den DDR-Bürgern gefordert, ihr bedingungsloses Vertrauen zur Sowjetunion rituell zu bekunden.

Mit der Verkündung der Freundschaft begann keine neue Praxis des Umgangs zwischen Deutschen und Sowjets in der DDR. Strikte räumliche Trennung blieb die

- 12 Zum Verständnis der Sowjetisierung als eines komplexen Transferprozesses, der auch Versuche zur Selbstsowjetisierung beinhaltet, vgl. John Connelly, *Captive University. The Sovietization of East German, Czech, and Polish Higher Education 1945–1956*, Chapel Hill/London 2000, S. 19 ff.
- 13 Das Bild eines „rückständigen“ Osteuropa ist bereits eine Erfindung der Aufklärung. Vgl. Larry Wolff, *Inventing Eastern Europe: The Map of Civilization on the Mind of the Enlightenment*, Stanford 1994. Zur antibolschewistischen NS-Propaganda vgl. die Arbeiten in Hans-Erich Volkmann (Hrsg.), *Rußlandbild im Dritten Reich*, Köln/Weimar/Wien 1994.
- 14 Zum Thema „Freundschaft“ vgl. mit weiterführender Literatur die Beiträge in *WerkstattGeschichte* 28 (2001).
- 15 Man kann nicht davon ausgehen, daß die Bevölkerung die Positionen der Propaganda einfach übernahm. Ebenso falsch wäre es jedoch zu behaupten, Propaganda hätte nur einen kontraproduktiven oder gar keinen Effekt gehabt. Vielmehr haben wir es mit einem komplexen Geflecht aus Annahme, Umformung und Ablehnung zu tun. Vgl. hierzu Christoph Classen, *Vom Anfang im Ende: „Befreiung“ im Rundfunk*, in: Martin Sabrow (Hrsg.), *Geschichte als Herrschaftsdiskurs. Der Umgang mit der Vergangenheit in der DDR*, Köln/Weimar/Wien 2000, S. 87–118, bes. S. 90 f.

Regel, persönliche Kontakte sollte es nur über die offiziellen Kanäle geben. Individuelle Reisen in die Sowjetunion blieben auch lange nach der DDR-Gründung ein Privileg der politischen Elite, die davon zu ausgedehnten Kur- und Ferienaufenthalten regen Gebrauch machte. Außerdem gab es Delegationsreisen – insbesondere zu den sowjetischen Festivitäten am 1. Mai und zur Oktoberrevolution – mit sorgfältig von Sekretariat und Politbüro bestätigten Teilnehmern und auch sowjetische Gruppen, die in offizieller Mission die DDR besuchten.<sup>16</sup> Kontakte zwischen Deutschen und Sowjets sollten durch diese Praxis offizialisiert werden: Es ging nicht darum, daß Bürger sich treffen und kennenlernen konnten; vielmehr bekundeten offizielle Vertreter stellvertretend für ihre Völker symbolisch ihre „Freundschaft“ und tauschten ihre „Erfahrungen“ beim Aufbau des Sozialismus aus – wobei zunächst den Deutschen die Rolle der Lernenden und den Sowjets die der Lehrer zukam.<sup>17</sup>

Nach der „doppelten Staatsgründung“ (Chr. Kleßmann) des Jahres 1949 koppelte die SED ihre Freundschaftspropaganda an eine nationalrevolutionäre Rhetorik, mit der sie ihrer Herrschaft auch über die Grenzen der SBZ/DDR hinaus Legitimität zu verschaffen suchte.<sup>18</sup> „Frieden“, „Einheit“ und „Freundschaft“ lauteten zentrale Begriffe der stalinistischen Propagandasprache, die mit den traditionellen Vorstellungen von Volk und Nation verbunden wurden.<sup>19</sup> Diese emotionalisierte Redeweise erlaubte die Darstellung von Differenz nur in dichotomischen Mustern. Im manichäischen Weltbild der SED-Propaganda standen der Apotheose der Sowjetunion antiwestliche und besonders antiamerikanische Motive gegenüber. Außerdem wurde das Versprechen, die deutsche Einheit wiederherzustellen, eng mit der Freundschaftsrhetorik verwoben: Es sei nur mit Hilfe der Sowjetunion möglich, ein einiges und unabhängiges Deutschland zu schaffen, lautete ein Leitmotiv der Propaganda. Die emotionale Bindung der Bevölkerung an den deutschen Nationalstaat wollte die SED nutzen, um sich selbst und ihren Staat als eigentlichen Vertreter deutscher Interessen porträtieren. Vom ersten Präsidenten der Gesellschaft für DSF, dem Historiker Jürgen Kuczynski, wurde die Freundschaft zur Sowjetunion deshalb auch mit dem Ausruf „So spricht die Nationale Front, so spricht das nationale Deutschland!“ begründet.<sup>20</sup> Mit dieser Rhe-

16 Bei Reisen ausländischer Delegationen in die DDR sollte die Staatssicherheit über deren Aufenthalt informiert werden. Vgl. Richtlinien zur Betreuung von Delegationen, 10. 11. 1952, BArch, DR 1 6013a, Bl. 8.

17 Das galt auch auf kulturellem Gebiet. Vgl. Anne Hartmann/Wolfram Eggeling, Sowjetische Präsenz im kulturellen Leben der SBZ und der frühen DDR 1945–1953, Berlin 1998.

18 Zur nationalen Rhetorik in der frühen DDR vgl. Michael Lemke, Nationalismus und Patriotismus in der frühen DDR, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ) B 50 (2000), S. 11–19. In der Ikonographie der frühen DDR vermischten sich sozialistische und nationale Symbolik, vgl. Dieter Vorsteher (Hrsg.), Parteauftrag: Ein neues Deutschland. Bilder, Rituale, Symbole der frühen DDR, München/Berlin 1996.

19 Für das Radio bestätigt diesen Befund Classen, Vom Anfang im Ende, S. 90 ff.

20 Jürgen Kuczynski, „Freunde für immer“, Rede auf dem 2. Kongreß der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft in Berlin, in: Neue Gesellschaft, Sonderbd. 1949, S. 20–32, Zitat S. 30.

torik bemühte man sich offensiv um die Integration deutsch-national Denkender und wohl auch ehemaliger Nationalsozialisten.<sup>21</sup> In einem Bericht über den 2. Kongreß der DSF heißt es, daß dort sowohl ein mecklenburgischer Pfarrer als auch ein Berliner Student und ein „ehemaliger deutscher Major und Ritterkreuzträger, der aus Stuttgart gekommen war“ ihre Unterstützung bekundet hätten.<sup>22</sup> Hier wird deutlich, für welches Publikum diese erste Freundschaftsinszenierung gespielt wurde. Selbst der aus der Sowjetunion übernommene Stalinkult wurde mit nationaler Rhetorik unterfüttert: Den sowjetischen Generalsekretär bezeichnete die Regierung der DDR als „besten Freund des deutschen Volkes“, denn „kein anderer Staatsmann hat in der Vergangenheit und Gegenwart so die Interessen des deutschen Volkes verteidigt wie Generalissimus Stalin“.<sup>23</sup> Die Mischung aus bedingungsloser Glorifizierung der Sowjetunion und gleichzeitiger Beschwörung nationaler Interessen blieb widersprüchlich.<sup>24</sup> Trotz forcierter Sowjetisierung beanspruchte die SED-Führung für sich, den „nationaleren“ deutschen Staat zu repräsentieren. Während die Bundesrepublik unter der Kolonisierung durch die Westalliierten leide, so argumentierte man, entfalte sich die „wahre“ deutsche Kultur in der DDR zu neuer Größe.<sup>25</sup> Diese Propaganda wanderte auf einem schmalen Grad zwischen der Mobilisierung nationaler Gefühle in der Bevölkerung einerseits und ihrer Verletzung durch die Behauptung sowjetischer Vorbildhaftigkeit andererseits. Gleichzeitig etablierte sich eine Verbindung von nationaler und internationalistischer Rhetorik, die für den Internationalismus in der DDR charakteristisch blieb.<sup>26</sup>

- 21 Offenbar erhoffte sich auch Stalin selbst zu dieser Zeit Vorteile von der Mobilisierung der nationalen Gefühle der Deutschen. Vgl. Wladimir K. Wolkow, *Die deutsche Frage aus Stalins Sicht (1947–1952)*, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (ZfG)* 48 (2000), S. 20–50.
- 22 *Freunde für immer*. Bericht von der 2. Jahreshauptversammlung der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion, dem ersten Kongreß der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, in: *Neue Gesellschaft* 3 (1949), S. 562–566, Zitat S. 565. Der Appell der DSF an ehemalige Nazis, sich der „Freundschaftsbewegung“ mit der SU anzuschließen, wurde noch expliziter von Lex Ende in seinem Artikel: *Keiner soll abseits stehen*, *Friedenspost* 7/1949 vom 13. 11. 1949, formuliert.
- 23 Amt für Information (Hrsg.), *Freundschaft für immer mit Stalin*. Aufruf der provisorischen Regierung der Deutschen Demokratischen Republik zum 70. Geburtstag Stalins, Berlin (Ost) 1949. Ähnliche Versuche einer Domestizierung des Stalinkultes finden sich auch in der VR Polen. Vgl. Robert Kupiecki, „Natchnienie Milionów“. *Kult Józefa Stalina w Polsce*, Warschau 1993, S. 246 f.
- 24 Vgl. bspw. *Die Kernfrage des Sieges der Nationalen Front*. Zum Monat der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft, Berlin (Ost) 1950.
- 25 Vgl. bspw. *Die Freundschaft zur Sowjetunion muß zu einer Angelegenheit aller patriotischen Deutschen werden*. Argumentationsmaterial, Berlin (Ost) 1951; Gottfried Grünberg, *Der Kampf der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft für die nationalen Interessen des deutschen Volkes*. Vortrag gehalten am 26. Februar 1953 im Haus der Kultur der Sowjetunion Berlin, Berlin (Ost) 1953, und mit zahlreichen Belegen Friedrich Ebert, *Reden und Aufsätze zur Deutsch-Sowjetischen Freundschaft*, Berlin (Ost) 1959.
- 26 Vgl. etwa noch Hermann Axen, *Patriotismus und Internationalismus im Kampf unserer Zeit*, in: Copyright (c) Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und Autor

Der hohe Stellenwert, den die SED der erfundenen Freundschaft beimaß, manifestiert sich im Aufbau, der Förderung und der engen Beaufsichtigung der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft. Aufgabe dieser Massenorganisation war es, als Multiplikator der Freundschaftsideologie zu dienen.<sup>27</sup> Das Politbüro hatte im Frühjahr 1949 beschlossen, diese Organisation bedeutend aufzuwerten: „Bei der Behandlung aller Probleme der Sowjetunion ist auf die große Bedeutung der Arbeit der Gesellschaft hinzuweisen, weil mit Hilfe dieser Organisation weite Kreise des Volkes erfaßt und zum Kampf gegen den Antibolschewismus aktiv eingesetzt werden können.“<sup>28</sup> Dieser Beschluß stellte den Startschuß zu einer umfassenden Umerziehungskampagne dar. Besondere Zielgruppen waren aus ideologischen Gründen die Arbeiter, aber auch die Jugend und die Frauen. Letztlich hoffte man von einer wachsenden Basis aus auch die restlichen Bevölkerungsgruppen überzeugen zu können. Für die ersten Jahre der DDR galt nun, daß in den Betrieben und während der jährlichen Kampagnen („Freundschaftsmonat“) stets neue Mitglieder geworben werden sollten. Der angebliche Bewußtseinswandel in der Bevölkerung wurde von der Parteiführung nicht zuletzt an den Beitrittsziffern zur DSF gemessen. Die SED-Führung hatte die Gesellschaft für DSF als Konversionsschleuse konzipiert: Mitglieder sollten zunächst Lernende sein, um dann als Lehrende und schließlich als freiwillige Multiplikatoren der Freundschaftsideologie zu wirken. Im Alltag zeigte sich allerdings rasch, daß die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft diese hohen Erwartungen nicht erfüllen konnte. Bis auf wenige Ausnahmen erwies sich, daß die Basis nur schwer zu mobilisieren war. Da während der Kampagnen immer wieder ganze Betriebskollektive geschlossen in die DSF eintraten – dieses Vorgehen wurde zunächst durchaus positiv als Zeichen der Einmütigkeit gewertet –, kann man davon ausgehen, daß viele Mitgliedschaften von Beginn an nur pro forma bestanden. Die fälligen Beitragszahlungen dieser „Karteileichen“ blieben häufig aus, so daß die Organisation über Jahre aus dem Staatshaushalt hoch subventioniert werden mußte.<sup>29</sup>

Mit der Verkündung der Freundschaft auf dem 2. Kongreß der DSF 1949, so wurde die DDR-Historiographie später nicht müde zu betonen, habe man den „Umschwung im Verhältnis des deutschen Volkes zum Sowjetvolk“ durch die Anstrengun-

Einheit 43 (1988), H. 11/12, S. 965–971. Zum Internationalismus in der Geschichte der kommunistischen Bewegung s. Serge Wolikow, *Internationalistes et Internationalismes Communistes*, in: Michel Dreyfus u. a. (Hrsg.), *Le Siècle des Communismes*, Paris 2000, S. 341–358.

27 Zur Geschichte der Massenorganisation vgl. Jens Giesecke, *Zur Entstehung der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft 1945–50*, in: *Deutsche Studien* 29 (1991), S. 76–95; Anne Hartmann/Wolfram Eggeling, *Die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft. Zum Aufbau einer Institution in der SBZ/DDR zwischen deutschen Politzwängen und sowjetischer Steuerung*, Berlin 1992.

28 Anlage Nr. 1 zum Protokoll Nr. 7 vom 1. März 1949, Politbüro der SED, SAPMO-BArch, DY 30 J IV 2/2/7, Bl. 3.

29 Vgl. Bericht der Instrukteursbrigade über die Untersuchung der Arbeit der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, 11. 11. 1955, SAPMO-BArch, DY 32–10237, Bl. 2 f.

gen von SED und DSF herbeigeführt.<sup>30</sup> Von nun an, so suggerieren diese Texte, sei nur noch eine kleine unverbesserliche Minderheit, die unter dem Einfluß des Westens stand, „antisowjetisch“ eingestellt gewesen. Tatsächlich gestaltete sich das Verhältnis zu den „Siegern der Geschichte“ sicherlich weitaus komplizierter und die Ressentiments reichten bis tief in die Mitgliedschaft der SED, die periodisch aufgefordert werden mußte, sich zur Freundschaft zu bekennen. Für die DDR-Bevölkerung wurde schnell deutlich, daß von nun an sowohl die oftmals traumatischen Geschehnisse der letzten Kriegswochen und der frühen Besatzungszeit mit ihren Vergewaltigungen, Diebstählen und Verhaftungen – über die man noch im Jahr zuvor wenigstens chiffriert hatte sprechen können<sup>31</sup> – als auch die individuellen Kriegserfahrungen in der Sowjetunion –, sofern sie nicht in eine Konversionserzählung zum Freund der Sowjetunion eingebaut werden konnten –, zu den gesellschaftlichen Tabuthemen gehörten, die durch den omnipräsenten Freundschaftsdiskurs ersetzt wurden.<sup>32</sup> In der zähen Langlebigkeit der im Laufe des Jahres 1949 gesetzten diskursiven Grenzen liegt die besondere Bedeutung dieser Phase der SED-Herrschaft. Die Freundschaftsideologie konnte von nun an als Medium sowohl der Exklusion als auch der Integration in das neue System dienen: Ein Bekenntnis zur Freundschaft signalisierte die Bereitschaft, die DDR zu unterstützen, ihre offene Ablehnung hingegen führte zum Ausschluß aus der neu definierten Gemeinschaft „deutscher Patrioten“. Durch die Verkündung der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft stand aber auch die SED unter dem selbstgeschaffenen Druck, die Bevölkerung umzuerziehen und die enge Bindung zur Sowjetunion zu demonstrieren.

- 30 Vgl. als Beispiel für eine solche „Meistererzählung“ der Freundschaft: Günter Gorski (Ltr. Autorenkoll.), *Deutsch-Sowjetische Freundschaft. Ein historischer Abriß von 1917 bis zur Gegenwart*, Berlin (Ost) 1975, und als wissenschaftliche Qualifikationsarbeit mit ähnlichem Urteil: Jutta Petersdorf, *Die Rolle der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft bei der Entwicklung und Festigung der Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen DDR und UdSSR (1947–1955)*, Diss. phil., Berlin (Ost) 1973, S. 97 ff. Dieses Urteil teilt auch noch Gottfried Hamacher, *40 Jahre DSF. Von der Studiengesellschaft zur Massenorganisation*, in: *Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung (BZG)* 29 (1987), S. 638–652.
- 31 Im November 1948 hatte Rudolf Herrnstadt in seinem Artikel „Über die Russen und über uns. Diskussion über ein brennendes Thema“ eingeräumt, daß es während der Besetzung durch die Rote Armee zu Übergriffen gekommen sei. Auf anschließend durchgeführten Diskussionsveranstaltungen wurde auch das Tabu der Vergewaltigungen angesprochen. Vgl. das Protokoll der Diskussion vom 10. 12. 1948 in Berlin in SAPMO-BArch, DY 32–10085 (unpag.). Zum Problem der Vergewaltigungen deutscher Frauen durch sowjetische Soldaten s. Norman M. Naimark, *Die Russen in Deutschland. Die sowjetische Besatzungszone 1945–1949*, Berlin 1997, S. 91–180. Zu sowjetischen „Speziallagern“ in der SBZ/DDR s. Sergej Mironenko/Lutz Niethammer/Alexander von Plato (Hrsg.), *Sowjetische Speziallager in Deutschland*, 2 Bde.; Berlin 1998.
- 32 Die vergleichsweise offenere Phase des Verhältnisses zur sowjetischen Besatzungsmacht vor dem Sommer 1949 beschreibt Simone Barck, *Die fremden Freunde. Historische Wahrnehmungsweisen deutsch-sowjetischer Kulturbeziehungen in der SBZ in den Jahren 1948 und 1949*, in: Konrad H. Jarausch/Hannes Siegrist (Hrsg.), *Amerikanisierung und Sowjetisierung in Deutschland 1945–1970*, Frankfurt a. M./New York 1997, S. 335–359.

In internen Dokumenten erscheinen vom offiziellen Freundschaftsdogma abweichende Äußerungen aus der Bevölkerung als „gegnerische Auffassungen“. Die überlieferten Äußerungen belegen nicht nur anhaltende Ressentiments gegen die Sowjets in der Bevölkerung, sondern verdeutlichen zugleich die Wirkungen der Propaganda. Selbst dort, wo eine strikte Opposition zur Freundschaftsrhetorik formuliert wurde, verwendeten die Sprecher häufig Begriffe und Argumente aus dem Repertoire der SED. Außerdem zeigt sich, daß es auch im Apparat eigensinnige Aussagen gab. So hielt ein DSF-Funktionär aus Dessau 1951 fest, daß die bisherige Arbeit der Gesellschaft noch nicht wirksam geworden sei, und bot eine „Lösung“ an, die auf das anhaltende Problem gewaltsamer Übergriffe durch die sowjetischen Soldaten hindeutet: „Die Antisowjethetze ist noch nicht überwunden. Es wäre nötig, für die Sowjetarmee Puffs in der Nähe ihrer Unterkünfte einzurichten.“<sup>33</sup> Hier wird deutlich, daß die Gewalt gegen Frauen auch Anfang der fünfziger Jahre noch virulent war. Obwohl der Funktionär sich der offiziellen Sprachregelung bedient und solche Meldungen als „Hetze“ bezeichnet, zeigt die vorgeschlagene „Problemlösung“, daß er Handlungsbedarf sieht. Implizit kritisiert er damit die Verdrängung der Problematik aus der Öffentlichkeit. In einem Bericht aus Potsdam wird die Fortdauer des Überlegenheitstopos in der Aussage des LDPD-Vorsitzenden von Luckau deutlich, der auf einer Handwerkerversammlung argumentierte: „Was können wir von Rußland lernen? Rußland war schon immer hintenan. Insgesamt am deutschen Wesen soll die Welt genesen.“<sup>34</sup> Daß derartige Aussagen für Mandatsträger, wie hier den Ortsvorsitzenden der LDPD, potentiell unangenehme Folgen haben konnten, kann man der lapidaren Bemerkung entnehmen, man habe „den Landesverband der Gesellschaft, den Kreisverband der LDP und den Kreisblock der antifaschistischen Parteien“ informiert. In der folgenden Äußerung aus Lübben erkennt man deutlich die Reaktion auf die Behauptungen von SED und DSF: „Die Volksdemokratien meinen es mit der Freundschaft nicht ehrlich. Die sowjetischen Soldaten werden für ihr Vaterland nicht mehr mit derselben Begeisterung wie in der Vergangenheit kämpfen. Sie haben gesehen, daß die Menschen in den Ländern Europas besser leben als in der SU.“<sup>35</sup> Dieser Sprecher zog seine eigenen Schlüsse und folgte nicht den angebotenen Deutungsmustern der Herrschenden.

Aus anderen Orten Brandenburgs ist in internen Berichten keine differenzierte Reaktion der Bevölkerung auf die deutsch-sowjetische Freundschaft überliefert, dort heißt es dann lapidar: „starke Ablehnung gegenüber der Freundschaft zur SU. Grund: Die Vorkommnisse von 1945“ – offenbar wußte jeder, wovon hier gesprochen wurde – oder „Oder-Neisse-Linie (80 % Umsiedler)“. Auch das Schicksal der deutschen

33 Falsche Auffassungen und Argumente, SAPMO-BArch, DY 32-10757, Bl. 2 f.

34 Org. Abt. Gegnerische Argumente!, Potsdam 30. 5. 51, SAPMO-BArch, DY 32-11345, Bl. 1. Der Bericht behandelt hauptsächlich ländliche Regionen Brandenburgs.

35 Ebenda, Bl. 2.

Kriegsgefangenen beschäftigte die Menschen trotz der wiederholten „Heimkehrerkampagnen“ und der Behauptung, die Sowjetunion habe sämtliche deutsche Soldaten bereits in die Heimat entlassen: „Warum werden die Angehörigen der Internierten nicht benachrichtigt über den Verbleib und das Urteil“ wurde gefragt, oder „die Frage der Kriegsgefangenen, die angeblich noch in der SU festgehalten werden“ aufgeworfen.<sup>36</sup> Im DSF-Kreisverband Brandenburg/Havel kritisierte man vorsichtig den Stalinkult. An die grundsätzliche Notwendigkeit von Massenaufmärschen hatte man sich offenbar bereits gewöhnt: „Es wurde die Frage gestellt, muß denn Stalin immer dabei sein, bei Aufmärschen ist das doch nicht notwendig.“ Auch die Defizite in der täglichen Versorgung führte man kontrastiv gegen die DSF ins Feld: „Warum so viele Plakate und Broschüren, die Kinder haben keine Schulhefte.“<sup>37</sup> Diese Aussagen verdeutlichen, daß die zwei Jahre, in denen die DSF als Massenorganisation in der DDR bereits wirkte, bei einem großen Teil der Bevölkerung zu keiner Revision der Ansichten über die Sowjetunion geführt hatten. Vielmehr zogen es einige vor, die Propaganda zurückzuweisen, während andere sich durch die permanente Überhöhung der sowjetischen Vorbilder in ihrem nationalen Selbstwertgefühl beleidigt sahen. In den Zeiten des Mangels wurde die Notwendigkeit von Propaganda grundsätzlich in Frage gestellt. Einige sahen darin reine Ressourcenvergeudung, andere waren bereit, den Herrschenden entgegenzukommen, wie etwa in Angermünde, wo man erklärte: „Ja, wir sind für den Frieden, aber mit den Russen oder dem Kommunismus wollen wir nichts zu tun haben.“<sup>38</sup> Da sich die Umerziehungsarbeit als schwierig erwies, ging die SED während der fünfziger Jahre parallel dazu über, die Freundschaft zur Sowjetunion zu den entsprechenden Anlässen des Feiertagskalenders – wie etwa dem „Tag der Befreiung“, dem „Tag der Roten Armee“ oder den „Monaten der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft“ – öffentlich zu inszenieren. Aufgrund der ständig wiederholten Beteuerungen, die DDR und das deutsche Volk seien in Freundschaft mit der Sowjetunion verbunden, kann man davon sprechen, daß für die Herrschenden eine Art Inszenierungszwang bestand, weil sie sich verpflichtet sahen, ihre eigenen Behauptungen zu belegen. Die Freundschaftsinszenierungen sollten zugleich das Ideal der Einheit von Bevölkerung und Parteiführung in dieser wichtigen Frage symbolisieren.

Seit der Entscheidung zum „Aufbau des Sozialismus“ im Juli 1952 beschleunigte die SED die Politik der internen Transformation in bewußter Konfrontation mit der Bevölkerung.<sup>39</sup> Die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft sollte in die-

36 Vgl. auch Beate Ihme-Tuchel, *Zwischen Tabu und Propaganda. Hintergründe und Probleme der ostdeutsch-sowjetischen Heimkehrerverhandlungen*, in: Annette Kaminsky (Hrsg.), *Heimkehr 1948. Geschichte und Schicksale deutscher Kriegsgefangener*, München 1998, S. 38–54.

37 Org. Abt. *Gegnerische Argumente*, Potsdam 30. 5. 51, SAPMO-BArch, DY 32–11345, Bl. 2–5.

38 Ebenda, Bl. 5.

39 Vgl. Dietrich Staritz, *Geschichte der DDR, erw. Neuauflage*, Frankfurt a. M. 1996, S. 94–126.

sem Prozeß daran mitwirken, die Mobilisierungsversuche zu unterstützen. Im November 1952 wurde deshalb mit bisher nicht gekanntem Aufwand wiederum ein „Monat der Freundschaft“ durchgeführt.<sup>40</sup> Staatspräsident Wilhelm Pieck erklärte zu diesem Anlaß – und hier schwang noch einmal der gesamtdeutsche Anspruch mit – die Deutsch-Sowjetische Freundschaft zur „Herzessache *aller* Deutschen“.<sup>41</sup> Anstelle der erhofften Beschleunigung geriet die DDR jedoch nach dem Tod Stalins im März 1953 in eine existenzielle Krise. Mit Stalin war nicht nur der sowjetische Diktator gestorben, sondern die Symbolfigur eines ganzen Systems.<sup>42</sup> Die Bevölkerung war immer weniger bereit, die Einschränkungen des Konsums zu ertragen, die der forcierte Aufbau der Schwerindustrie nach sowjetischem Vorbild nach sich zog. In internen Berichten der DSF konstatierte man ebenfalls verstärkte Aktivität des „Klassengegners“: „Seit dem Tode des Genossen Stalin ist dieser Kampf verstärkt worden.“<sup>43</sup> Die Frühjahrskrise 1953 führte schließlich zum Arbeiteraufstand des 16./17. Juni 1953, der durch das militärische Eingreifen der Sowjetischen Armee niedergeschlagen wurde.<sup>44</sup> Der sowjetische Einsatz gegen die demonstrierende Bevölkerung stellte für weite Kreise der Bevölkerung ein traumatisierendes Ereignis dar.<sup>45</sup> Für den Propagandaapparat bedeutete das Geschehen ebenfalls einen immensen Schock: Die Funktionäre der DSF wurden in den Tagen des Aufruhrs häufig mit der geballten Ablehnung durch die Bevölkerung konfrontiert, so etwa wenn eine Bewohnerin des Bezirks Leipzig ihnen drohte: „Die von der Freundschaft kommen zuerst dran.“<sup>46</sup> In Berlin griffen Demonstranten am 16. Juni 1953 agitierende Mitarbeiter der DSF an und zerstörten ihren Lautsprecherwagen.<sup>47</sup> Während der Stunden und Tage des Aufruhrs kam es an zahlreichen Orten zu Äußerungen gegen die Freundschaftspropaganda, zu Übergriffen

- 40 Arbeitsprogramm für die Vorbereitung und Durchführung des Monats der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft 1952, 27. 9. 1952, SAPMO-BArch, DY 32-10433 (unpag.).
- 41 Herzessache aller Deutschen. Über die Bedeutung des Monats der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft 1952, Berlin (Ost) 1952. (Herv. J. B.)
- 42 Vgl. Karl-Heinz Schmidt, Als Stalin starb. Die Reaktion des SED-Regimes und der Bevölkerung im Spiegel interner Berichte, in: Klaus Schroeder (Hrsg.), Geschichte und Transformation des SED-Staates. Beiträge und Analysen, Berlin 1994, S. 85–111.
- 43 Betriebsgruppe der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft Berlepschacht Staßfurt an ZV der DSF, 16. 3. 1953, SAPMO-BArch, DY 32-10805 (unpag.). Ähnliche Berichte, in denen mangelnde Teilnahme an den Veranstaltungen der DSF im Frühjahr 1953 beklagt wird, finden sich auch aus dem Bezirk Leipzig, s. SAPMO-BArch, DY 32-10806 (unpag.).
- 44 Vgl. Christoph Kleßmann, Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945–55, 5. Aufl., Bonn 1991, S. 277 ff.; Christian Ostermann, Uprising in East Germany 1953, Budapest 2001; Kowalczyk/Wolle, Roter Stern, S. 167–178.
- 45 Vgl. Lothar Dralle, Das DSF-Archiv als Quelle zur Geschichte der DDR – Der Volksaufstand vom 17. Juni 1953, in: Deutschland-Archiv (DA) 25 (1992), S. 837–845, bes. S. 840 ff.
- 46 Zitat einer Bewohnerin aus Schmölln. Bericht aus dem Bezirk Leipzig, 23. 6.–26. 6. 1953, SAPMO-BArch, DY 32-10806 (unpag.).
- 47 DSF an Ministerium für Staatssicherheit, Berlin, 18. 6. 1953, SAPMO-BArch, DY 32-10906 (unpag.).

gegen Einrichtungen der DSF, zur Niederlegung der Funktionen, zum Austritt, zur Verweigerung der Mitgliedsbeiträge und zur öffentlichen Verbrennung von Mitgliedsbüchern. In den Wochen nach dem 17. Juni brachen die Organisationsstrukturen der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft partiell zusammen.<sup>48</sup>

Eine ausführliche interne Diskussion über die Perspektiven der erfundenen Freundschaft nach der Krise war selbst auf der höheren Funktionärsenebene nicht erwünscht. Vielmehr wurde durch den DSF-Generalsekretär Grünberg schon am 20. Juni 1953 in einem Schreiben an die Bezirks- und Kreisvorstände die offizielle Sprachregelung skizziert, in der von „faschistischen Verbrechern und Provokateuren“ die Rede war und betont wurde, daß die „sowjetischen Truppen das Leben des deutschen Volkes schützten.“<sup>49</sup> Die Gründe für den Aufstand suchte man entweder außerhalb der DDR („Riashetze“, „Provokateure“), oder sie wurden auf ökonomische Unzufriedenheit reduziert und damit bagatellisiert. Der Apparat zeigte sich außerstande, die Zusammenstöße der Bevölkerung mit der sowjetischen Besatzungsmacht auch nur intern zu thematisieren. Im Gegenteil: Der Generalsekretär der DSF beschwor vor den Funktionären ein absurdes Bild der Harmonie zwischen deutscher Bevölkerung und sowjetischer Armee, fernab der gesellschaftlichen Realitäten des Aufstandes: „Überall, wo sowjetische Soldaten und Offiziere auftauchten, entstanden Diskussionsgruppen, entwickelten sich Freundschaftskundgebungen mit Liedern und Tänzen. Niemals vorher hat es eine solche herzliche, enge Freundschaftskundgebung gegeben als gerade in diesen Tagen, als breite Schichten unserer Bevölkerung mit den Sowjetmenschen in den Uniformen näher in Berührung kamen.“<sup>50</sup> Selbst im Angesicht der militärischen Konfrontation und der Herrschaftskrise zeigte sich Grünberg außerstande, die Fiktionen der Freundschaft zu hinterfragen. Dies zeigt, wie eng 1953 selbst die Grenzen der internen Rede waren. Die von SED und Besatzungsmacht erfundene Freundschaft sollte auf keinen Fall preisgegeben werden. Wie weit sich die Beschreibung der gesellschaftlichen Zustände dabei von der Realität entfernte, war in der politischen Kultur des Stalinismus zweitrangig.

Ein Indikator dafür, daß die SED trotz der offiziellen Euphemismen über das Verhältnis zwischen den sowjetischen Truppen und der deutschen Zivilbevölkerung besorgt war, ist ein Plan, den die Abteilung Kultur beim ZK der SED Ende August 1953 vorlegte. Mit dem Stab der sowjetischen Truppen wurde ein Konzept zur kulturellen Zusammenarbeit zwischen den Besatzungssoldaten und verschiedenen deutschen Stellen vereinbart.<sup>51</sup> Es wurden Besuche deutscher Ensembles in sowjetischen

48 Dies bemerkte schon aus zeitgenössischer westlicher Sicht Hermann Werdau, *Die Fiktion der Freundschaft. Struktur und Aufgabe der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft*, in: SBZ-Archiv 4 (1953), S. 276–279.

49 Referat Gottfried Grünbergs im Zentralvorstand der DSF, 5. 8. 1953, SAPMO-BArch, DY 32-10577 (unpag.).

50 Zitat ebenda.

51 Vgl. Arlt, *Sowjetische (russische) Truppen in Deutschland*, S. 599 ff.

Kasernen geplant und Auftritte prominenter Künstler, Wissenschaftler und Schriftsteller in den Kulturhäusern der Roten Armee vorgeschlagen. Mit der Durchführung beauftragte die SED die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft.<sup>52</sup> Es wirft ein bezeichnendes Licht auf die Tätigkeit der DSF in den ersten fünf Jahren ihres Bestehens, daß im Alltag praktisch keine kulturellen Beziehungen zwischen der deutschen Bevölkerung und den sowjetischen Besatzungstruppen bestanden. Sicher trug sie nicht die Verantwortung für diesen Zustand, sondern die SED und die Sowjetische Armee selbst, die enge Beziehungen zur deutschen Bevölkerung mied. Im Interesse der Besatzungsmacht und der SED war es nur gewesen, in den Köpfen der deutschen Bevölkerung die Fiktion der gegenseitigen Freundschaft zu etablieren. Im Leben der einfachen sowjetischen Soldaten sollte die deutsche Bevölkerung keine Rolle spielen; es dominierten hier militärische Erwägungen. Daher verbrachte das Gros der Mannschaften ihre Dienstzeit in Ostdeutschland hermetisch isoliert. Jene spezifische Form der Xenophobie, die sich in der Sowjetunion etabliert hatte, brachte die Rote Armee auch nach Deutschland mit.<sup>53</sup> Sie bestimmte den Umgang der sowjetischen Streitkräfte mit deutschen Zivilpersonen und Behörden, der häufig von tiefem Mißtrauen gekennzeichnet war – daran vermochten auch Pläne der SED nichts zu ändern.

Im Herbst 1953 stellte man intern die Methoden der Freundschaftspropaganda in Frage. Es kamen den Funktionären Zweifel, ob die oft aufwendig inszenierten Massenveranstaltungen und Feierlichkeiten tatsächlich die erzieherischen Effekte bewirkten, die man ihnen bisher zugeschrieben hatte. Nach einer Aussprache mit der Abteilung Agitation beim ZK der SED wurde selbstkritisch vermerkt: „Es besteht die Gefahr, daß die Arbeiter und Werktätigen nicht genügend angesprochen werden und den Veranstaltungen ihre Aufmerksamkeit entziehen. [...] Es besteht noch ein zu großer Hang, große Veranstaltungen und Kundgebungen zu veranstalten.“<sup>54</sup> Alternativ versuchte man nun, die Menschen individuell von der DSF zu überzeugen. Diese individuelle Form der Agitation war ungleich aufwendiger, denn sie erforderte den kontinuierlichen persönlichen Einsatz des Funktionärskorps. Erneut stand die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft vor einer Aufgabe, die zu leisten sie *in praxi* nicht in der Lage war.

Mit der offiziellen Sprachregelung der DDR zum 17. Juni, die im wesentlichen bis 1989 Bestand hatte, tabuisierte die SED einen weiteren Konflikt zwischen Deutschen

52 Vgl. Plan zur Verbesserung der Zusammenarbeit der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft mit den sowjetischen Truppen der Deutschen Demokratischen Republik, ZK der SED Abt. Kultur, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/906/16, Bl. 163–68; Vorlage für das Sekretariat Betr. Plan über die Maßnahmen zur Herstellung kultureller Verbindungen zwischen der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik und den sowjetischen Besatzungstruppen, ZK der SED, Abt. Kultur, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/906/16, Bl. 177–178.

53 Zur Sowjetunion vgl. den Beitrag von Gábor T. Rittersporn in diesem Band.

54 Bericht über Aussprache in der Abt. Agitation zur Durchführung des 36. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, [o. D.] [Oktober 1953], SAPMO-BArch, DY 32–10805 (unpag.).

und Russen. Sie verfolgte dabei die Strategie, eigene Probleme zu externalisieren und – auch mit zunehmendem Abstand vom Ereignis – nicht nach einer Lösung oder Aufarbeitung im Rahmen der eigenen Gesellschaft zu suchen. Wirkt die Reaktion der SED aus heutiger Sicht vor allem unbeholfen, so gilt es doch festzuhalten, daß hier ein weiterer Baustein zu einer politischen Kultur gelegt wurde, in der eine Auseinandersetzung über Konflikte keinen Platz hatte. Wiederum klafften der offizielle Diskurs und Erfahrungen der Mehrheit der Bevölkerung weit auseinander, ohne daß es eine Instanz gab, die zwischen diesen Welten vermittelte. Es ist deshalb nicht überraschend, wenn ein interner Bericht von der Jahreswende 1953/54 vermerkt, es kursierten weiter „verleumderische Gerüchte“ gegen die Sowjetarmee.<sup>55</sup> Für die SED-Spitze hatten die Ereignisse des Jahres 1953 allerdings eine wichtige Erkenntnis gebracht: In arger Bedrängnis hatten die sowjetischen „Freunde“ ihre Macht verteidigt.

### Freundschaft als Staatsräson 1956–1986

Anders als in der Sowjetunion selbst oder in Polen und Ungarn gab es in der DDR nach dem 20. Parteitag der KPdSU keine Debatte über Entstalinisierung.<sup>56</sup> Das bedeutete, daß auch das Verhältnis zur Sowjetunion nicht grundsätzlich neu bewertet wurde. Damit entstand ein „weißer Fleck“ in der Geschichte der DSF selbst: Um den Stalinkult hüllte sich fortan ein Mantel des Schweigens.<sup>57</sup> Bis 1961 verschwand der zuvor omnipräsente Name des sowjetischen Staatsmanns fast vollständig aus offiziellen Texten und aus dem öffentlichen Leben.<sup>58</sup> An der DSF hielt die SED nach 1956 fest; diese büßte jedoch langsam den hohen Stellenwert ein, den sie in den ersten Jahren der DDR innehatte. Sowjetischen Festen und Feiertagen schrieb die SED nun nicht mehr die zentrale Bedeutung im Jahresablauf zu, die sie in der frühen DDR besessen hatten. An ihrer Stelle wertete man eigene Traditionen wie den „Tag der

55 Bericht über die Festigung und Vertiefung der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft unter den Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik, unter besonderer Berücksichtigung der Ergebnisse des Monats der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft, [o. D.] [1953/54], SAPMO-BArch, DY 32-10197 (unpag.).

56 Vgl. Joseph Rothschild, *Return to Diversity. A Political History of East Central Europe Since World War II*, Second Edition, New York/Oxford 1993, S. 150 ff.

57 Dieses neue Schweigen nach dem 20. Parteitag wurde an der Basis durchaus bemerkt. So fragte sich ein Arbeiter: „Welche Rolle spielte der Gen. Stalin? Er ist im Referat und auch in den Diskussionen kaum erwähnt. Dabei hat er doch so großen Anteil an der Entwicklung der Sowjetunion.“ Weitere Argumente aus der Diskussion um den XX. Parteitag der KPdSU, Abt. Leitende Organe der Partei und Massenorganisationen, 21. 2. 1956, ZK der SED Abt. Propaganda, SAPMO-BArch, DY 30 J IV 2/902/65, Bl. 17. In der DDR-Historiographie zur DSF fanden die Stalinkampagnen keine Erwähnung.

58 Vgl. Katharina Klotz, *Führerfiguren und Vorbilder – Personenkult in der Ära Ulbricht*, in: *Vorsteher* (Hrsg.), *Parteiauftrag*, S. 322–336.

Republik“ am 7. Oktober stärker auf.<sup>59</sup> Die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft versank in den kommenden Jahrzehnten in einem Zustand konsolidierter Zweitrangigkeit.<sup>60</sup> Von der internen Kritik an ihrer Arbeit drang jedoch nichts nach außen. Vielmehr beschloß das Politbüro, der DSF zum „Tag der Republik“ 1957 für ihre „großen Leistungen bei der Gewinnung und Erziehung der Werktätigen“ den „Vaterländischen Verdienstorden in Gold“ zu verleihen.<sup>61</sup>

Während man grundsätzlich an der Freundschaftsideologie festhielt, ergaben sich im Laufe der Jahre signifikante Änderungen sowohl im Diskurs als auch in der Praxis des Umgangs zwischen Deutschen und Russen. Zunächst führte die Anerkennung der deutschen Zweistaatlichkeit mittelfristig zum Auslaufen der nationalistisch gefärbten Einheitsrhetorik. Neben die zunehmende Abgrenzung von der Bundesrepublik trat gleichzeitig der völkerrechtliche Ausbau des *special relationship* der DDR zur UdSSR.<sup>62</sup> An dieser Entwicklung sollte nach den Vorstellungen der SED auch die Bevölkerung teilhaben: „Im Gegensatz zu den Staatsverträgen zwischen kapitalistischen Staaten beruht der Vertrag auf der sich immer stärker entwickelnden Freundschaft zwischen den beiden Völkern, und seine Verwirklichung geschieht vor allem durch die aktive Teilnahme der Massen der Bevölkerung an der Entwicklung der freundschaftlichen und kulturellen Beziehungen zwischen den Deutschen und den Sowjetmenschen.“<sup>63</sup> Im gleichen Atemzug gestand man ein, daß es bisher nur ungenügend gelungen sei, „breiteste Schichten der Bevölkerung [...] einzubeziehen“. Um diese Menschen zu erreichen, bestünden nun jedoch die „besten Voraussetzungen“. In naher Zukunft sollte sich die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft wieder stärker auf

59 Insbesondere die Dezennien der DDR waren seit 1959 Anlaß zu großen Feierlichkeiten. Vgl. Monika Gibas u. a. (Hrsg.), *Wiedergeburten. Zur Geschichte der runden Jahrestage der DDR*, Leipzig 1999.

60 Die Evaluation der Arbeit der DSF durch eine Instrukteurbrigade des ZK der SED war negativ ausgefallen. Generalsekretär Grünberg berichtet in seinen Memoiren, daß man daraufhin zunächst damit geliebäugelt hatte, der DSF den Status einer Massenorganisation zu nehmen. Vgl. Bericht der Instrukteursbrigade über die Untersuchung der Arbeit der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, 11. 11. 1955, SAPMO-BArch, DY 32-10237 (unpag.); Gottfried Grünberg, Kumpel, Kämpfer, Kommunist, Berlin (Ost) 1977, S. 326 f.

61 Abteilung Außenpolitik und Internationale Beziehungen, 28. 8. 1957, SAPMO-BArch, DY 30 J IV 2/2A/581, Bl. 117 f.

62 Am 20. September 1955 schlossen DDR und UdSSR einen Staatsvertrag, der ihre Beziehungen auch völkerrechtlich als „freundschaftlich“ formalisierte. Am 18. Oktober 1955 folgte dann bspw. ein Abkommen über den Touristenaustausch zwischen dem deutschen Reisebüro und Intourist. Schließlich wurde am 12. März 1957 auch ein Abkommen über die Stationierung der sowjetischen Truppen abgeschlossen, das diesen im Krisenfall weitgehende Handlungsfreiheit zusicherte – dessen Bestimmungen aber in der Praxis nur unzureichend befolgt wurden. Vgl. Matthias Judt (Hrsg.), *DDR-Geschichte in Dokumenten*, Bonn 1998, S. 453 f.; Arlt, *Sowjetische (russische) Truppen*, S. 605 f.

63 Die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft vor neuen Aufgaben. Sitzung des Sekretariat des ZK der SED Nr. 35, 31. 10. 1956, SAPMO-BArch, DY 30 J IV 2/3A-538 (unpag.).

die Vermittlung sowjetischer Kultur konzentrieren, um auf diese Weise „weitere Millionen für die Deutsch-Sowjetische Freundschaft“ zu gewinnen.<sup>64</sup> Um dieses Ziel zu erreichen, war die SED jedoch nicht gewillt, die bestehenden zahlreichen Kontaktbarrieren konsequent abzubauen. Das Risiko eines solchen Schrittes schien den Herrschenden offenbar zu groß zu sein. Sie stießen wiederum an die engen Grenzen ihrer Möglichkeiten: Eine tatsächliche Öffnung hätte die Kontrollmechanismen der staatssozialistischen Diktatur in Frage gestellt. Das wollte jedoch weder die deutsche noch die sowjetische Seite.

In einer schriftlichen Umfrage zum Thema DSF, die 1956 unter DDR-Bürgern durchgeführt wurde und an der sich 4774 Menschen beteiligten, zeigte sich, wie wenig selbst interessierte DDR-Bürger über die Sowjetunion wußten.<sup>65</sup> Sogar regime-treue Bürger beklagten sich, man könne Treffen mit sowjetischen Menschen kaum realisieren. Man fragte sich beispielsweise, warum deutsche Frauen keine sowjetischen Soldaten heiraten dürften. Andererseits zeigt der Bericht, wie groß der Einfluß westlicher Lebensstile („Tanzt man in der Sowjetunion Boogie?“) bereits Mitte der fünfziger Jahre war. Die Einkehr einer gewissen Normalität und der wachsende Abstand zum Zweiten Weltkrieg äußerten sich in dem wiederholten Wunsch, die Sowjetunion auf touristischem Wege kennenzulernen.<sup>66</sup> Auffallend häufig fragten die Teilnehmer nach dem Lebensstandard und den Konsummöglichkeiten sowjetischer Bürger. Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Systems war offenbar ein zentraler Wert für die Befragten. Angezweifelt wurde, ob die Freundschaft tatsächlich auf Gegenseitigkeit beruhe.<sup>67</sup> Auch Funktionäre betonten, daß zwischen den Behauptungen der Propaganda und den Erzählungen der Kriegsteilnehmer über die erlebte Rückständigkeit der ländlichen Gebiete in der Sowjetunion eine so große Lücke klappte, daß es ihnen schwerfalle, die DSF-Propaganda glaubhaft zu vermitteln.

Im Stalinismus war das offizielle Bild der UdSSR von Arbeiterhelden, Großprojekten und schließlich von der alles überragenden Figur Stalins geprägt gewesen. In

64 Zitat ebenda. Zum Kulturaustausch vgl. Ilse Heller, Die Entwicklung der kulturellen Zusammenarbeit zwischen DDR und UdSSR 1956 bis 1973, in: ZfG 23 (1975), S. 373–383.

65 Vgl. den Bericht über die schriftliche Umfrage vom 11. 10. 1956, SAPMO-BArch, DY 32-4990, unpag. Im Bericht wird deutlich, daß sich an dieser Umfrage solche Bürger beteiligten, die grundsätzlich an engeren Kontakten zur Sowjetunion interessiert waren.

66 Auf die ständige Spannung zwischen oktroyierter Sowjetisierung und dem Interesse der Bevölkerung an westlichen Lebensstilen betont auch Evemarie Badstübner, Ostdeutsche Sowjetunionerfahrungen. Ansichten über Eigenes und Fremdes in der Alltagsgeschichte der DDR, in: Jaraus/Siegrist (Hrsg.), Amerikanisierung und Sowjetisierung, S. 291–311.

67 60–70mal wurde die Frage gestellt, ob es in der UdSSR eine Gesellschaft für Sowjetisch-Deutsche Freundschaft gebe. Vgl. Bericht über die schriftliche Umfrage vom 11. 10. 1956, SAPMO-BArch, DY 32-4990, Bl. 21 f. Tatsächlich konstituierte sich eine solche Gesellschaft erst am 7. Januar 1958; sie wurde 1965 in Sowjetische Gesellschaft für die Freundschaft mit der DDR umbenannt. Bis zu ihrer Auflösung 1957 hatte die DSF mit der VOKS zusammengearbeitet, der sowjetischen „Allunionsgesellschaft für kulturelle Beziehungen mit dem Ausland“.

einer neuen Illustrierten, der „Freien Welt“, setzte die DSF andere Akzente. Moskau wurde als mondäne Großstadt gezeichnet, reich an kulturellem Leben und Konsummöglichkeiten. Im Oktober 1957 feierte die DDR-Presse den erfolgreichen Start des „Sputnik“ als Beweis für die Überlegenheit der sowjetischen Technik. Während der großen Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag der sowjetischen Oktoberrevolution 1957 manifestierte sich dann das gewachsene Selbstvertrauen der DDR-Propagandisten darin, daß die Teilhabe deutscher Kommunisten an der Revolution in Rußland 1917 nun besonders hervorgehoben wurde. Hier zeigt sich, daß man zunehmend dabei war, die aufgezwungene Schülerrolle der unmittelbaren Nachkriegszeit zu relativieren und eigene Leistungen wieder stärker zu betonen. Im August desselben Jahres hatte bereits ein persönlicher Besuch Chruschtschows die DDR aufgewertet. Die Reisen sowjetischer Generalsekretäre durch die DDR und besonders ihr Empfang in Ostberlin gehörten von nun an zu den großen Inszenierungen der Freundschaft.

Ab Ende der fünfziger Jahre stiegen die Gelegenheiten zum Kontakt zwischen Deutschen und Russen in dem Maße, wie die sowjetische Führung die strikte Abschottung ihres Staates gegenüber dem Ausland graduell lockerte.<sup>68</sup> Von diesen Möglichkeiten zu Kontakt, Zusammenarbeit und Reise profitierten in den folgenden Jahrzehnten zahlreiche DDR-Bürger. Die Zahl der Delegationen stieg in beiden Richtungen und der Tourismus nahm zu. Einschränkend gilt es jedoch zu betonen, daß es sich hier nur um eine partielle Entoffizialisierung der Kontakte handelte, weil es in der Regel bei Gruppenreisen blieb, die ein Mindestmaß an Kontrolle gewährten. An visafreien Reiseverkehr und individuelles Entdecken der Sowjetunion war auch weiterhin nicht zu denken. Über Probleme, die durch die dichte Stationierung sowjetischer Truppen auf dem Gebiet der DDR entstanden, sollte auch in den sechziger und siebziger Jahren öffentlich nicht gesprochen werden.<sup>69</sup> In den zahlreichen Garnisonsstädten entspann sich ein Netz offizieller und nicht-offizieller Kontakte zwischen Deutschen und Russen.<sup>70</sup> In der Mangelgesellschaft spielte dabei der Tausch und der

68 Am Beispiel der Wissenschaft schildert diesen Prozeß Manfred Hildermeier, *Geschichte der Sowjetunion 1917–1991. Entstehung und Niedergang des ersten sozialistischen Staates*, München 1998, S. 809 ff.

69 Den offiziellen Diskurs bestimmte die Rede von der Waffen- und Klassenbrüderschaft, vgl. bspw. *Schulter an Schulter. Eine Bilddokumentation über die Klassen- und Waffenbrüderschaft der Bürger der DDR und der Angehörigen der NVA mit den Angehörigen der GSSD*, Berlin (Ost) 1984. Zum Alltag der sowjetischen Truppen in der späten DDR vgl. Kowalczyk/Wolle, *Roter Stern*, S. 132–152 und S. 206–221.

70 Dieses Beziehungsgeflecht ist erst in Ansätzen erforscht. Vgl. Gerhard Kaiser, *Sperrgebiet. Die geheimen Kommandozentralen in Wünsdorf seit 1971*, Berlin 1993; Florian von Butlar/Stefanie Endlich/Annette Leo, *Fürstenberg-Drögen. Schichten eines verlassenen Ortes*, Berlin 1994. Volker Koop reduziert die Kontakte zwischen der Bevölkerung und den sowjetischen Soldaten pauschal auf ihre kriminelle Dimension. Vgl. ders., *Zwischen Recht und Willkür. Die Rote Armee in Deutschland*, Bonn 1996.

Handel mit defizitären Waren eine bedeutende Rolle.<sup>71</sup> Ein freizügiger Austausch zwischen beiden Gruppen war weiterhin nicht gewollt; andererseits gelang es dem Staat jedoch auch nicht, ihn vollständig zu unterbinden. Dort, wo er doch stattfand, konnte vielleicht auch über die Realitäten des Verhältnisses zueinander gesprochen werden. Ein gesellschaftlicher Dialog über bestehende Vorurteile und gegenseitige Wahrnehmungsraster blieb jedoch unmöglich, da in der Öffentlichkeit die Rede von Freundschaft, Klassengemeinschaft und Internationalismus stets verpflichtend blieb. Noch in den siebziger und achtziger Jahren fanden sich immer neue Superlative der Freundschaft in Tageszeitungen, in Propagandalosungen und auch in wissenschaftlichen Texten.

Das in den fünfziger Jahren dominierende Schüler-Lehrer Verhältnis zwischen Deutschen und Russen wich nun langsam einer stärkeren Gleichrangigkeit – wobei die führende Rolle der Sowjetunion im sozialistischen Lager nicht zur Debatte stand. Das Selbstbewußtsein der DDR-Bürger speiste sich aus ihrem höheren Lebensstandard und manifestierte sich in einem Selbstverständnis als sozialistischem Musterland. Besonders in der „Fürsorgediktatur“<sup>72</sup> der Honeckerzeit kam es zu einer partiellen Entwertung der Ideologie zugunsten des Aufbaus von Vertrauen durch die Garantie sozialer Sicherheit. Unter diesen Bedingungen bekam der Eintritt in die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft die Funktion, ein Mindestmaß an Loyalität zum Regime zu bekunden. Oft schon in der Schule kollektiv vollzogen, war er, ähnlich wie die Jugendweihe, in deren Gelöbnis man sich als „wahrer Patriot“ auch dazu verpflichtete, die Freundschaft mit der SU zu vertiefen, Teil der *rites de passage* auf dem Weg zum loyalen DDR-Bürger.<sup>73</sup> Wie der Antifaschismus so unterlag die DSF einer inhaltlichen Erstarrung, die zu ihrer schleichenden Entwertung beitrug. Trotzdem blieb die Deutsch-Sowjetische Freundschaft in vieler Hinsicht zentral für das Selbstverständnis der DDR und insbesondere ihrer Elite und konnte deshalb nicht offen in Frage gestellt werden.

In unterschiedlichen Milieus entstanden mit der partiellen Entkrampfung des Verhältnisses divergierende Lesarten der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft. Insbesondere dort, wo Akademiker die russische Sprache gut beherrschten und Kontakt zu sowjetischen Kollegen hatten, bildeten sich persönliche Beziehungen und ein Gefühl der Verbundenheit mit der sowjetischen Gesellschaft, die trotz der evidenten Stagnation des sozialistischen Experiments in der Breshnew-Zeit immer noch einen Reiz auf

71 Der Kleinhandel, bei dem von sowjetischer Seite oft Benzin, aber auch Waffen zum Verkauf oder auch zum Tausch gegen Alkohol angeboten wurden, entging dem wachsamen MfS nicht. Vgl. zum Handel mit Benzin bspw. BStU, MfS, HA VII, Nr. 1334, Bl. 65 f.

72 Der Begriff stammt von Konrad H. Jarausch. Vgl. ders., *Care and Coercion: The GDR as Welfare Dictatorship*, in: ders. (Hrsg.), *Dictatorship as Experience. Towards a Socio-Cultural History of the GDR*, New York/Oxford 1999, S. 47–72.

73 Vgl. Gelöbnis zur Jugendweihe 1968 bis 1989, in: Judt (Hrsg.), *DDR-Geschichte in Dokumenten*, S. 402.

Außenstehende auszuüben vermochte.<sup>74</sup> Wie repräsentativ die Aufnahme enger persönlicher Kontakte war, ist schwer zu sagen. Für die überwiegende Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger dürften sie nicht alltäglich gewesen sein. Diese DDR-Bürger waren vielmehr mit neuen Widersprüchen konfrontiert, die darin bestanden, daß sich die Deutsch-Sowjetische Freundschaft zwar einerseits zu einer Art volksdemokratischer Folklore mit Bedeutungsrest verwandelt hatte,<sup>75</sup> jedoch andererseits weiterhin das rituelle Bekenntnis zur DSF für den gesellschaftlichen Aufstieg notwendig war, das Russische als erste Fremdsprache von den Schülern erlernt werden mußte und die Bindung an die Sowjetunion 1972 sogar Verfassungsrang bekam.<sup>76</sup> Der Schauspieler Manfred Krug hat in seinem Tagebuch seiner Frustration über diesen Zustand Ausdruck gegeben: „Bis zum heutigen Tage haben sie es nicht erreicht, daß meine Frau und ich morgen nach Prag oder Ulan Bator oder Samarkand fahren können [...]. Ich will nicht zum Fürsten gehen und jeden Blick hinter die Mauer, selbst in östliche Richtung, zum Privileg machen. Die Freundschaft der sozialistischen Länder ist bloß die Freundschaft ihrer ängstlichen Regierungen. Was ist die deutsch-sowjetische Freundschaft? Ein Abzeichen an der Jacke, mehr nicht. Wenn ich auf der Landstraße bei Dallgow wegen eines stehenden, stinkenden Russenkonvois anhalten muß und endlich mit meinem Schulrussisch einen Soldaten anspreche, kommt der Natschalnik und sagt: Idi na Chui, job twaju Matj! Und das könnte man frei mit: Verpiß Dich, du Arsch! übersetzen.“<sup>77</sup>

### Freundschaft als Fassade 1987–1990

Interne Berichte des Ministeriums für Staatssicherheit zeigen, daß die Führung der Sicherheitsorgane bereits Ende der siebziger Jahre Konfliktfelder zwischen der „Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland“ (GSSD) und der DDR-Bevölkerung

74 Dieser Reiz konnte auch darin bestehen, in die „Sowjetunion“ zu fahren und dann festzustellen, daß man in „Rußland“ angekommen war. Häufig sind es gerade alte Klischees über Rußland – „Gastfreundschaft“, „russische Seele“, „Weite des Landes“ usw. –, die positiv erinnert werden. Eine Untersuchung zu diesem Thema steht noch aus.

75 Ein Beispiel für diese Tendenz ist der Wettbewerb um den Titel „Brigade der DSF“, der von symbolischer und materieller Bedeutung war – jedoch keinen Kontakt zu sowjetischen Partnern voraussetzte. Der Autor dankt Thomas Reichel (Potsdam) für diesen Hinweis.

76 Artikel 6 (2) der Verfassung lautete: „Die Deutsche Demokratische Republik ist für immer und unwiderruflich mit der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken verbündet.“ Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 6. April 1968 in der Fassung des Gesetzes zur Ergänzung und Änderung der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 7. Oktober 1974, in: Ingo von Münch (Hrsg.), Dokumente der Wiedervereinigung Deutschlands, Stuttgart 1991, S. 1–24, hier S. 2.

77 Eintrag vom 4. Mai 1977, in: Manfred Krug, Abgehauen. Ein Mittschnitt und ein Tagebuch, Düsseldorf/München 1998, S. 204.

überwachte.<sup>78</sup> Die zunehmende bzw. auf hohem Niveau stagnierende Zahl der Verkehrsunfälle zwischen sowjetischen Militärangehörigen und deutschen Zivilisten, der laxen Umgang mit Kriegswaffen durch die GSSD und die zahlreichen Eigentums- und Gewaltdelikte durch sowjetische Soldaten riefen Besorgnis hervor. Besonders brisant war die Tatsache, daß es weiterhin regelmäßig zu Vergewaltigungen deutscher Frauen durch sowjetische Soldaten kam.<sup>79</sup> Den Untersuchungen des MfS folgend, handelte es sich häufig um gemeinschaftlich verübte Sexualdelikte, bei denen viele Täter brutal vorgingen. Intern kritisierte die Stasi die Zustände in der sowjetischen Armee scharf, insbesondere die mangelnde Disziplin der sowjetischen Truppen und deren „unsoldatisches“ Verhalten wurden gerügt. Die Bemühungen des MfS zielten in allen Konfliktfällen darauf, sicherzustellen, daß diese Delikte eine möglichst geringe öffentliche Wirkung entfalteten. Dies gelang allerdings in der Nähe größerer Standorte kaum noch. Hier führten die „Vorkommnisse teilweise zu negativen Diskussionen bzw. Beunruhigungen unter der Bevölkerung der DDR“.<sup>80</sup> Die Isolierung der Truppen von der Bevölkerung, die sich im wesentlichen seit Kriegsende nicht verändert hatte, führte zwangsläufig zu Gerüchten und zur Verunsicherung bei den Bewohnern der Garnisonsstädte. Ähnlich wie die Vertragsarbeiter nutzten die Angehörigen der GSSD ihren Aufenthalt in der DDR, um Mangelwaren zu erwerben. Wie das MfS feststellte, führte die Konkurrenz um diese Produkte auch hier zu Verärgerung: „Diese Situation beeinflußt permanent die Stimmungslage der Bevölkerung.“<sup>81</sup>

Während der gesamten achtziger Jahre bemühte sich das MfS, häufig vertreten durch Minister Mielke selbst, in Gesprächen mit den wechselnden sowjetischen Oberbefehlshabern die Situation dadurch zu verbessern, daß man die Sowjets zu einer besseren Erziehung und strengerer Kontrolle ihrer Soldaten aufrief. In diesen Unterredungen wurde von deutscher Seite zunächst rituell die deutsch-sowjetische Freundschaft beschworen, die sich im „engen und vertrauensvollen Verhältnis zwischen den Angehörigen der Sowjetarmee und unserer Bevölkerung“ widerspiegele, um den sowjetischen „Freunden“ daraufhin die alarmierenden Zahlen der Kriminalstatistik vorzulegen. Zur Verärgerung deutscher Stellen wurde die Aufklärung schwerer Straftaten häufig von sowjetischer Seite behindert. Die geringe Bereitschaft der sowjetischen Militärführung zur Kooperation bei der Ermittlung von Tätern frustrierte die Spitzen des MfS, die vor den gravierenden Konsequenzen des sowjetischen Fehlverhaltens warnten: Diese seien „dann besonders groß, wenn es sich um Straftaten handelt, die zu erheblichen persönlichen Schäden führen, durch die dann in größerem Maße Unruhe unter der Bevölkerung hervorgerufen wird bzw. durch die Ansatzpunkte

78 Vgl. bspw. die Informationsberichte aus den 70er Jahren: BStU, MfS, HA IX, Nr. 1428.

79 Matthias Judt spricht von durchschnittlich einer Vergewaltigung durch sowjetische Soldaten pro Woche. Vgl. ders. (Hrsg.), DDR-Geschichte in Dokumenten, S. 433.

80 Ausgewählte Beispiele von durch Angehörige der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland (GSSD) begangenen Straftaten, 1983: BStU, MfS, HA VII, Nr. 1334, Bl. 11.

81 Berichte aus den Jahren 1987/88, BStU, MfS, Sekretariat Neiber, Nr. 310, Bl. 7.

für antisozialistische und antisowjetische Angriffe durch den Gegner und Feinde im Inneren der DDR geschaffen werden“.<sup>82</sup> Letztlich zeigten sich in den Verhandlungen zwischen der Staatssicherheit und dem sowjetischen Militär die Grenzen der Macht des MfS, das zwar immer wieder an die „Freunde“ appellierte, das Verhalten ihrer Truppe zu verbessern, dem aber hier keine Druckmittel zur Verfügung standen. So blieb die geheimpolizeiliche Arbeit weitgehend auf die genaue Beobachtung und weitgehende Schadensbegrenzung beschränkt.<sup>83</sup> Gegen DDR-Bürger, die Soldaten der GSSD beleidigten oder sowjetische Ehrenmäler schändeten, griff man allerdings bis zum Ende der DDR hart durch. Solche Fälle würden, so rühmte sich das MfS gegenüber den Sowjets, „von den staatlichen Organen der DDR [...] mit aller Konsequenz und Schärfe geahndet“.<sup>84</sup> Trotzdem wird deutlich, wie hoch das gegenseitige Mißtrauen zwischen deutschen und sowjetischen Sicherheitsapparaten war und daß die Bindung zwischen der DDR und der Sowjetunion bereits vor der Perestrojka intern erodierte.<sup>85</sup>

Zum offenen Bruch zwischen der SED und der sowjetischen Führung kam es jedoch erst infolge der Reformpolitik Gorbatschows. Seinen symbolischen Ausdruck fand das Schisma zwischen Moskau und Ostberlin schließlich im Verbot der sowjetischen Jugendzeitschrift „Sputnik“ im November 1988. Durch diese Maßnahme, die man mit „verzerrenden Beiträgen“ des „Sputnik“ zur sowjetischen Geschichte begründete, wurde die sowjetische Vorbildhaftigkeit für die DDR endgültig beendet.<sup>86</sup> Offensichtlich alarmierte die SED-Elite besonders die zunehmende Offenheit, mit der man in der Sowjetunion begann, die stalinistische Epoche zu diskutieren.<sup>87</sup> Eine Debatte über den Stalinismus, die man schon in der Folge des 20. Parteitags verhindert hatte, wollte die DDR-Spitze auch in den achtziger Jahren nicht zulassen. Hinter dieser Entscheidung steckte die berechtigte Angst, daß sich eine solche Diskussion nicht eingrenzen lassen würde und sich schnell die Frage nach den Grundlagen und Ursprüngen der SED-Herrschaft stellen würde. Während die SED hier eine überfällige

82 Konzeption für ein Gespräch des Genossen Minister Mielke mit dem Oberkommandierenden der Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland, Genossen Armeegeneral Saizew, Oktober 1984: BStU, MfS, HA VII, Nr. 1334, Bl. 39.

83 Dies entspricht einer allgemeinen Tendenz in der operativen Arbeit des MfS in den achtziger Jahren. Vgl. Jens Giesecke, Die hauptamtlichen Mitarbeiter der Staatssicherheit. Personalstruktur und Lebenswelt 1950–1989/90, Berlin 2000, S. 451 ff.

84 Ausgewählte Beispiele von durch Angehörige der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland (GSSD) begangenen Straftaten, 1983: BStU, MfS, HA VII, Nr. 1334, Bl. 21.

85 Offiziell bezeichnete man während der Perestrojka die DSF noch als „im wahrsten Sinne Herzenssache, festen Bestandteil unseres Daseins und Grundlage der Sieghaftigkeit unserer Sache.“ Vgl. Erich Mückenberger, Deutsch-Sowjetische Freundschaft – erlebte und gestaltete Wirklichkeit, in: Einheit 42 (1987), H. 10/11, S. 909–917, Zitat S. 912.

86 Vgl. die ADN-Meldung vom 19. 11. 1988 zum Verbot des „Sputnik“, in: Jut, DDR-Geschichte in Dokumenten, S. 355.

87 Vgl. Robert W. Davies, Perestrojka und Geschichte. Die Wende in der sowjetischen Historiographie, München 1991.

Debatte blockierte, lockerte sie an einer anderen Stelle das enge diskursive Korsett: Während die DDR-Medien beispielsweise auf die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl 1986 noch sehr zurückhaltend reagiert hatten, wurde über ein von einem russischen Panzer im Januar 1988 verursachtes schweres Zugunglück bei Forst Zinna offener berichtet.<sup>88</sup> Den kontrollierten DDR-Medien gestattete man nun, solche Fehler der Sowjets zu thematisieren, die das eigene Prestige nicht berührten.<sup>89</sup> Außerdem bemerkte die Staatssicherheit die zunehmenden Erosionserscheinungen des sowjetischen Systems auch auf deutschem Boden.<sup>90</sup>

Das wachsende Interesse der Bevölkerung an der sowjetischen Perestroika und die damit einhergehende Delegitimierung ihrer eigenen Politik konnte die SED jedoch nicht mehr wirksam eindämmen. Von vielen DDR-Bürgern wurde die Gorbatschowsche Sowjetunion nun als positives Beispiel für die Reformfähigkeit sozialistischer Gesellschaften wahrgenommen, während man in der DDR einen Ort der gesellschaftlichen Stagnation sah. Unter den SED-Funktionären hingegen rief das Tempo des Wandels und die Politik der Glasnost in der SU zunehmende Besorgnis hervor.<sup>91</sup> Während die Parteispitze sich im Umbruchjahr 1989 von den sowjetischen Genossen distanzierte, stieg ausgerechnet ein sowjetischer Generalsekretär zum Hoffnungsträger der Deutschen in Ost und West auf. Dies führte während der Feiern zum 40. Jahrestag der DDR im Oktober 1989 zu dem historischen Paradox, daß die DDR, deren Gründung inszenierte Lobpreisungen Stalins umrahmt hatten, nun von spontanen „Gorbi, Gorbi“-Rufen in ihrer Finalitätskrise begleitet wurde. In der Revolution des Winters 1989/90 begriffen die DDR-Bürger jedoch schnell, daß die Sowjetunion keine führende Rolle bei der Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse in Ostdeutschland mehr spielen konnte.<sup>92</sup> Mit dem Ende der SED-Herrschaft

- 88 Diesen Unfall nahm auch die sowjetische Seite als gravierendes Ereignis wahr; das ZK der KPdSU setzte aus diesem Anlaß eine Untersuchungskommission ein. Zu Vorkommnissen mit Beteiligung von Angehörigen der GSSD, 17. 2. 1988: BStU, HA VII, Nr. 1334, Bl. 30 ff.
- 89 Die schleichenden Veränderungen im Verhältnis der DDR zu den sowjetischen Truppen wurden in der Bundesrepublik durchaus bemerkt. Unter dem Titel „Die sowjetischen Soldaten, die ungeliebten Freunde“ berichtete „Die Welt“ vom 26. 2. 1988 über den harten Alltag und die Probleme der SED mit den Sowjets: „Noch immer – und in diesen Jubiläumstagen ungewöhnlich ausführlich – feiert die kommunistische Propaganda sie als ‚Befreier‘, aber in der Realität des Landes sind sie eher ungeliebte Fremde. Bis in die höchsten Parteiränge fällt stets – mit ironischem Unterton – die Vokabel ‚Freunde‘, wenn von den Sowjets die Rede ist.“
- 90 Ein IM berichtet dem MfS im Juni 1989 über die GSSD, „daß sich keiner mehr zuständig fühlt. Die Offiziere und die verbliebenen Verantwortlichen sprechen täglich dem Alkohol zu und kümmern sich um nichts.“ BStU, MfS, Sekr. Neiber, Nr. 7521, Bl. 21.
- 91 Vgl. die Hinweise zur Reaktion der Bevölkerung auf die Informations- und Medienpolitik in der UdSSR und damit in Zusammenhang stehende Probleme: MfS, ZAIG, 10. 5. 1989, in: Armin Mitter/Stefan Wolle (Hrsg.), Ich liebe euch doch alle! Befehle und Lageberichte des MfS Januar–November 1989, Berlin 1990, S. 40 f.
- 92 Vgl. die ausführliche Darstellung der „Wende“ bei Konrad H. Jarausch, Die unverhoffte Einheit 1989–1990, Frankfurt a. M. 1995.

erwartete man von den „Freunden“ nur noch, daß sie der deutschen Einheit nicht im Wege stünden.

### Erfundene „Freundschaft“ und fremde „Freunde“

Für den Umgang mit der größten Gruppe von Fremden in der DDR, den Sowjets, setzte die SED von Beginn ihrer Herrschaft an enge Grenzen. Gleichzeitig stieß sie mit ihrem Versuch, das Verhältnis zwischen Deutschen und Russen durch die Erfindung der Freundschaft allseitig zu harmonisieren, an die Grenzen ihrer Möglichkeiten, das kollektive Bewußtsein zu formen. Diesen Versuch einer allseitigen Kontrolle des Verhältnisses zwischen Deutschen und Russen kann man als paradigmatisch für den Umgang mit „Fremden“ in der DDR bezeichnen. Auch in den Regelungen zum Aufenthalt anderer Ausländer in der DDR zeigte sich, daß der SED Kontrolle wichtiger war als Kontakt.

Die Propagandisten der SED scheiterten dabei, ihre Minderheitenperspektive durchzusetzen: Die Bevölkerung akzeptierte in ihrer Mehrheit die Sowjetunion nicht als Vorbildgesellschaft. Durch die Freundschaftspropaganda bestimmte die Partei dennoch, wie man öffentlich über die Sowjets sprechen sollte. Durch diesen Umgang mit den fremden „Freunden“ entstand die eingangs beschriebene Dichotomie zwischen öffentlicher, d. h. parteioffizieller und privater Rede über die Sowjets, die für die DDR charakteristisch war. Gefangen im diskursiven Netz der Freundschaftspropaganda konnten Konflikte zwischen Deutschen und Russen vierzig Jahre lang nicht öffentlich verhandelt werden. Die gesamtdeutsche nationalrevolutionäre Rhetorik, die in der frühen DDR die Bindung an die Sowjetunion begründen sollte, wurde seit dem Ende der fünfziger Jahre durch eine *special relationship* zwischen DDR und UdSSR ersetzt. Trotz zunehmender Kontakte und Reisen kam es jedoch nur zu einer partiellen Entoffizialisierung des Verhältnisses. Es entstanden auch nach 1956 keine Räume für gegenseitige Kritik. In den späten achtziger Jahren weichten diese Strukturen teilweise auf und einzelne Reibungspunkte wurden thematisiert. Dies geschah jedoch immer noch unter der Prämisse, daß das Paradigma der „Freundschaft“ nicht grundsätzlich in Frage gestellt wurde.

Während der gesamten DDR-Zeit operierte die Freundschaftspropaganda mit den Begriffen „Nation“, „Volk“ und „Patriotismus“, um die Herrschaft der SED und die Anwesenheit der fremden Truppen auf ihrem Boden zu begründen. Wie die ungebrochen positive Verwendung dieser Begriffe die heutigen Ostdeutschen geprägt hat, muß hier offen bleiben. Festzuhalten ist jedoch, daß die Sprache des Internationalismus von nationalistischen Floskeln durchsetzt blieb und daß auch die an die Sowjetunion gebundene deutsche Nation weiter als geschlossene Gemeinschaft von Deutschen gedacht wurde.

Die SED, die Geschichte vorwiegend als Mittel zur Herrschaftslegitimation oder als Waffe in der Auseinandersetzung des Kalten Krieges betrachtete, lenkte den Fokus selten auf die Schattenseiten der deutsch-russischen Beziehungen im 20. Jahrhundert. Vielmehr galt es, die „Traditionen der Freundschaft“ zu beschreiben und zu pflegen. Im Vergleich zur Bundesrepublik entwickelte die DDR durch ihr Festhalten am Dogma der Freundschaft und ihrer mangelnden Distanz zur eigenen Geschichte spätestens in den achtziger Jahren ein vergangenheitspolitisches Defizit. Während es sich hier um ein intellektuelles Problem handelt, erwies sich die erfundene Freundschaft im Hinblick auf die Bevölkerung auch deshalb als problematisch, weil sie als kollektive Entlassung der DDR-Bürger aus der historischen Verantwortung verstanden werden konnte. Ein „Freund der Sowjetunion“ hatte aus der Geschichte gelernt – Schuld und Verantwortung für deutsche Verbrechen wurde überwiegend in den Westen projiziert.

Die in der Freundschaftspropaganda behauptete Fortschrittlichkeit und die im Alltag erlebte und aus dem Krieg erinnerte Rückständigkeit der sowjetischen Gesellschaft und ihrer Vertreter auf deutschem Boden blieben ein grundlegender Widerspruch, der bis zum Ende der DDR nicht offen thematisiert werden durfte. Daß solche Widersprüche und Konflikte zwischen deutschen Bürgern, dem Staat und der größten Gruppe von „Fremden“ in der DDR nicht artikuliert werden konnten, daß keine Mechanismen zur Verhandlung dieser Problemlagen geschaffen wurde, daß man versuchte, Dinge totzuschweigen, die es aus ideologischen Gründen nicht geben durfte, gehört zu den bleibenden Hypotheken von vierzig Jahren staatssozialistischer Herrschaft. Letztlich verhinderten die Strukturen der diktatorischen Herrschaft das Aufbrechen der Grenzen und den Aufbau von Vertrauen zwischen Deutschen und Russen. In der Mißtrauensgesellschaft DDR blieben die Russen daher fremde „Freunde“.